



Bericht aus Berlin

10 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Kommunen sind die Sieger



In der in dieser Woche geführten Bundestagsdebatte über die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen „zur Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland“ wurde deutlich, dass die kommunalfreundliche Politik des Bundes ein milliardenschwerer Segen für die Städte und Gemeinden in unserem Land ist. Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz sagte in seiner Rede: „Die christlich-liberale Koalition hat in den vergangenen vier Jahren eine einmalige und bisher nicht dagewesene Leistungsbilanz erarbeitet, die sich positiv durch alle Politikbereiche zieht. Diese Einschätzung wird von den kommunalen Spitzenverbänden geteilt. In der Geschichte der Bundesrepublik hat noch kein Bundeskanzler so viel für die Kommunen bewirkt wie Angela Merkel. Es liegt im ureigenen Interesse der Städte, Gemeinden und Landkreise, dass dieser Politikstil noch lange weitergeführt werden kann. Ganz im Sinne der Subsidiarität misst die Bundesregierung der kommunalen Selbstverwaltung ein großes Gewicht bei. Grundvoraussetzung dafür sind solide Finanzen. Daher war die deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen so wichtig. Nachdem unter der rot-grünen Bundesregierung das Finanzierungssaldo der Kommunen seit 1998 stetig geschrumpft war und letztendlich regelmäßig negativ ausfiel, konnte 2008 erstmals wieder ein Überschuss erzielt werden. Auch die Folgen der Wirtschaftskrise konnten durch Unterstützung der Bundesregierung rasch gemeistert werden – nach dem krisenbedingten deutlichen Einbruch der Kommunalfinanzen im Jahr 2009 verbesserte sich das Finanzierungssaldo kontinuierlich. In der

zurückliegenden Wahlperiode hat die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im Mittelpunkt des bundespolitischen Handelns gestanden. Während Rot-Grün in ihrer Regierungszeit ständig neue Aufgaben erfanden, die von den Kommunen zu finanzieren waren, wurde in dieser Legislaturperiode die frühere kommunalfeindliche Politik beendet. Kommunalfreundliche Entscheidungen tragen die Handschrift der Regierung Merkel. So wie die Entlastung der Kommunen bei den sozialen Leistungen. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter in der Höhe von ca. 4,5 Milliarden Euro übernimmt der Bund. Den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fördert die ebenfalls Bundesregierung mit 5,5 Milliarden Euro und leistet den Ländern damit eine unschätzbare Hilfe. Schließlich sorgt auch die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes für einen Finanzierungsüberschuss der Kommunen, die im vergangenen Jahr erstmals seit 2008 wieder mehr eingenommen als ausgegeben haben, und zwar bundesweit 1,797 Milliarden Euro.

Regionale Wohnungsentpässe beseitigen

In seiner letzten Rede als Abgeordneter im Deutschen Bundestag befasste sich Peter Götz mit der Wohnungspolitik. Er betonte: „Eine angemessene Versorgung mit Wohnraum gehört zu den Grundbedürfnissen eines menschenwürdigen Lebens.“ Götz forderte für Regionen mit Engpässen am Wohnungsmarkt eine aktive, nachhaltige kommunale Baulandpolitik. Bundesminister Peter Ramsauer dankte Götz unter Beifall aller Fraktionen vor dem Plenum des Deutschen Bundestages für sein großes Engagement für die Kommunen und die Wohnungspolitik. Ramsauer wandte sich in seiner Rede persönlich an Götz: „Ich habe Dich immer als das baupolitische Gewissen dieses Parlaments und als das kommunalpolitische Gewissen unserer Fraktion wahrgenommen. Du bist sozusagen die Personifizierung dessen, was wir immer als Politik aus einem Guss bezeichnen, für Kommunen, für die Länder, für den Bund.“

Die Reden zum Nachverfolgen: www.bundestag.de

Legislaturperiode...

Die Wahlperiode, auch Legislaturperiode genannt, beginnt mit dem Zusammentritt des neuen Bundestages, der spätestens am 30. Tag nach der Bundestagswahl zusammenkommen muss. Mit der ersten, konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages endet die Wahlperiode des vorangegangenen Bundestages. Der 18. Deutsche Bundestag wird am 22. September 2013 gewählt.

Nachrichten

„Wir bauen Deutschland“

Götz Mitautor eines neuen Buchs zu Entscheidern in der Stadtentwicklung

Peter Götz, Mitautor des neuen Buchs „Wir bauen Deutschland“, sprach am 4.6.13 im Rahmen der Buchpräsentation durch den jovis-Verlag im Dachrestaurant des Reichstags zum Thema Stadtentwicklung. Das Buch bietet in 40 Porträts exklusive Einblicke in die Arbeit der Entscheider der Stadtentwicklung in Deutschland. Bürgermeister und Dezernenten, Amtsleiter und Gestaltungsbeiräte aus 31 deutschen Städten wurden hierzu interviewt. Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonte: „Dieses Buch führt einmal mehr eindringlich vor Augen, dass alle großen Zukunftsthemen direkt oder indirekt mit der Entwicklung von Städten zu tun haben. Die Stadt ist der primäre Lebensraum des Menschen. Stadtentwicklung geht uns alle an.“ In dem 272seitigen Buch geben die befragten Entscheidungsträger individuelle Antworten auf die Herausforderungen in ihrer Stadt. Peter Götz MdB ist Autor eines von drei übergreifenden Essays und geht in seinem Beitrag „Die Stadt der Zukunft“ auf die immensen Herausforderungen - von der Energiewende bis zum demografischen Wandel - für die Städte ein. Götz plädiert für ein Verständnis von Stadtentwicklungspolitik, das weit über Städtebau hinaus geht und erläutert ausführlich welchen Aufgaben sich Stadtentwicklung in Zukunft zu stellen hat. Das Buch „Wir bauen Deutschland“ ist am 4. Juni 2013 erschienen. Herausgeber ist Dr. Daniel Arnold, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Reihenhaus AG. Inhaltsverzeichnis und eine Leseprobe können Sie unter nachfolgendem Link abrufen: http://www.jovis.de/media/pdf/2Wir_bauen_Deutschland.pdf



Bildunterschrift v.l.n.r.: Roland Große Holforth. Peter Götz MdB. Daniel Arnold. Jeremv Gaines: Copvright: Marco Urban

Engagierte Ausbilder gesucht



Peter Götz macht auf den Förderpreis „Ausbildungs-Ass“ aufmerksam, den die Wirtschaftsjuvenen in Deutschland gemeinsam mit den Junioren des Handwerks und der INTER-Versicherungsgruppe unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ausschreiben. Götz:

„Auch in unserer Region stehen Unternehmen und Betriebe vor der Herausforderung, ausreichend qualifizierte Bewerber für ihre Ausbildungsplätze zu finden. Gleichzeitig gibt es viele junge Menschen, die nach der Schule den Weg ins Berufsleben nur schwer finden“. Mit dem Ausbildungs-Ass 2013 wird das Engagement von Unternehmen, herausragenden Initiativen und Schulen gewürdigt, deren besonderes Augenmerk auf der Qualität und Quantität von Ausbildungsaktivitäten liegt. In den Kategorien Handwerk, Ausbildungsinitiativen sowie

Industrie, Handel und Dienstleistungen werden im November 2013 in Berlin insgesamt 15.000 Euro Preisgelder vergeben. Informationen zur Initiative und zu den Bewerbungsmodalitäten sind zu finden unter www.ausbildungsass.de Einsendeschluss ist der 31. Juli 2013.

Aus der AG Kommunalpolitik

Auf der Tagesordnung der AK Kommunalpolitik stand in dieser Woche das Thema „Flächeninanspruchnahme – Handlungsoptionen und Erwartungen. Andreas Jung, MdB, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung referierte hierzu zu Beginn der Sitzung.



Einige interessante Daten und Fakten...

Arbeitslosenzahl erneut unter 3 Millionen

In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit erneut unter die 3-Millionen-Marke gesunken. Sie ist jetzt auf dem niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten. Allein seit 2009 verringerte sich die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um rund 500.000. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im April auf den Rekordstand von 41,69 Millionen gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist mit 29,09 Millionen trotz Krise höher als vor zehn Jahren (rund 27 Millionen). Und viele Unternehmen suchen weiterhin nach Arbeitskräften. Es gibt 950.000 offene Stellen. Die Tendenz auf dem Arbeitsmarkt bleibt positiv.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistisches Bundesamt)

Väterbeteiligung bei Elterngeld auf Höchststand

Der Anteil der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, hat einen neuen Höchststand erreicht. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, haben Väter von 181.000 der insgesamt rund 663.000 im Jahr 2011 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. Dies entspricht einer Väterbeteiligung von 27,3%. Damit ist die Väterbeteiligung gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich um zwei Prozentpunkte angestiegen. Mütter bezogen in durchschnittlich 95% der Fälle Elterngeld. Die höchste Väterbeteiligung gab es wie schon in den letzten Jahren in Bayern (35,8%) und Sachsen (35,6%). Sie war dort somit mehr als doppelt so hoch wie im Saarland, das mit 17,5% nach wie vor das Schlusslicht bildet. Veränderungen bei der Dauer der Inanspruchnahme gab es hingegen kaum. Nach wie vor bezogen etwas mehr als drei von vier Vätern (77%) Elterngeld für maximal zwei Monate. Nur knapp 7% der Väter nimmt die Leistung für zwölf Monate in Anspruch. Mütter bezogen weiter in neun von zehn Fällen das Elterngeld für zwölf Monate. Deutliche regionale Unterschiede gab es bei der Höhe des bezogenen Elterngeldes. So betrug der durchschnittliche Elterngeldanspruch von Vätern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, in den meisten süddeutschen und westdeutschen Kreisen über 1.200 € Euro. Die Kreise, in denen der Anspruch niedriger als 1.000 € war, liegen hingegen fast ausnahmslos in den ostdeutschen Ländern. Bei den Müttern zeigt sich ein ähnliches Bild: Auch hier lag der Elterngeldanspruch insbesondere in den west- und süddeutschen Kreisen deutlich über dem in den ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsches Rentensystem ist stabil

In einem Interview mit „positionen“, der Zeitschrift des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), lobt der Wirtschaftswissenschaftler Axel Börsch-Supan, Direktor am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München, die Stabilität des deutschen Rentensystems. Gleichzeitig spricht er sich für eine flexiblere Handhabung des Renteneintritts aus. Die Reformen der 1990er und 2000er Jahre hätten dazu beigetragen, dass man der Verrentung der sogenannten „Babyboomer“ gelassen entgegensehen könne. Private und betriebliche Altersvorsorge würden das gesetzliche Rentensystem in den nächsten Jahren stützen. Von Altersarmut bedroht seien in Deutschland statistisch gesehen nur wenige Menschen, nämlich ca. 3 % der über 65-jährigen. Um dennoch Altersarmut entgegenzuwirken, müsse man schon vor dem Rentenalter ansetzen: Überhaupt Arbeit zu haben, verringere das Risiko von Altersarmut. Daher plädiert Börsch-Supan gegen eine Abschaffung des Niedriglohnsektors, weil sie zu höherer Arbeitslosigkeit führen würde. Der Renteneintritt müsse flexibler gestaltet werden, um dem Älterwerden als individuellem Prozess gerecht zu werden. Niemand solle gezwungen werden, seine Arbeit in einem bestimmten Alter aufzugeben.

(Quelle: „positionen“, Zeitschrift des GDV)